

Politikerinnen kritisieren fingiertes Unia-Stelleninserat

Die Gewerkschaft schrieb eine Stelle mit einem diskriminierenden Lohn für Frauen aus. Mehrere Nationalrätinnen halten das Fake-Inserat jedoch für kontraproduktiv.

Lohn Zuerst ärgerte sich SP-Nationalrätin Rebecca Ruiz über die «skandalöse» Lohndifferenz in einem Stelleninserat der IT-Firma Meyer Info, nun ist sie über die Gewerkschaft Unia verärgert. In einem Inserat, das auf Stellenplattformen aufgeschaltet war, wurde eine HR-Assistentin oder ein HR-Assistent gesucht. Männlichen Bewerbern wurde ein Jahreslohn von 80 000 Franken in Aussicht gestellt, Frauen für die gleiche Stelle 64 000 Franken. Ruiz war von einer Journalistin auf die Lohndiskriminierung in den Inseraten aufmerksam gemacht worden.

Der Haken an der Sache: Das Inserat ist ein Fake, die Firma Meyer eine Erfindung der Unia. Diese liess das Inserat gezielt verbreiten, als Teil einer Kampagne gegen die Lohnungleichheit. «Ich finde diese Methode zweifelhaft, so etwas geht nicht», sagt Ruiz nun auf Anfrage. «Es gibt genügend reale Fälle von Lohndiskriminierung, man muss solche nicht erfinden.»

Eigentlich wollte die Unia am nächsten Dienstag an einer Medienkonferenz für die Auflösung

sorgen. Nachdem das «St.Galler Tagblatt» diese Woche die Kampagnenmethode aufdeckte, veröffentlichte Unia einen Tag später eine Medienmitteilung mit dem Titel «Ein fiktives Stellenangebot enthüllt die Lohnungleichheiten». Sie rechtfertigte das Vorgehen als Mittel, um auf die 20 Prozent Lohnunterschied zwischen Mann und Frau aufmerksam zu machen.

Druck vor der Ratsdebatte

Der Zeitpunkt der Kampagne ist nicht zufällig gewählt. Am 22. September mobilisiert die Unia für eine Demonstration gegen Lohnungleichheit in Bern, zwei Tage später berät der Nationalrat eine Gesetzesvorlage, mit der die Lohndiskriminierung bekämpft werden soll. Die Revision des Gleichstellungsgesetzes sieht vor, dass Unternehmen mit 100 oder mehr Angestellten zu Lohnvergleichsanalysen verpflichtet werden. Sanktionen für Firmen, die gegen das Gebot gleicher Löhne für gleiche Arbeit verstossen, sind nicht vorgesehen.

Bürgerliche Nationalrätinnen, die für die Vorlage kämpfen, re-

agieren mit Unverständnis auf die fingierten Inserate. BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti bezeichnet das Vorgehen von Unia als «kindisch» und befürchtet, «dass es der Sache schadet». Ähnlich reagiert CVP-Nationalrätin Kathy Riklin. «Solche Methoden sind kontraproduktiv. Am Schluss glaubt man denen, die behaupten, die Lohnungleichheit gebe es nicht.»

Mehrere bürgerliche Politiker äusserten sich entsprechend in den Medien. «Wenn die Unia auf Fake News zurückgreifen muss, um die Notwendigkeit einer Änderung aufzuzeigen, zeigt dies klar, dass es keinen Handlungsbedarf gibt», sagte FDP-Nationalrat Thierry Burkart dem «Blick».

Einige linke Nationalrätinnen nehmen die Unia in Schutz. «Die Kampagne macht unkonventionell und überspitzt auf ein Problem aufmerksam, was für Kampagnen nicht unüblich ist», sagt Flavia Wasserfallen (SP). Wenn bürgerliche Parlamentarier die Kampagne der Unia nun dazu nutzten, die Lohnunterschiede zu bestreiten, sei dies der eigent-

liche Skandal. «Die Lohnunterschiede sind eine Realität.» Auch Maya Graf (Grüne) sieht die Unia-Kampagne als Mittel, Aufmerksamkeit für die Lohnungleichheit zu generieren. Wichtig sei, dass der fiktive Charakter des Inserats von den Urhebern transparent gemacht werde.

Unia würde es wieder tun

Die Unia hält ihr Vorgehen nach wie vor für richtig. Es handle sich um ein ungewöhnliches Kampagnenmittel in einer aussergewöhnlichen Situation, sagt die Verantwortliche Corinne Schärrer, Mitglied der Unia-Geschäftsleitung. Das politische Ringen um die Gesetzesrevision dauere nun schon fünf Jahre an. In der vorbereitenden Kommission des Nationalrats habe sogar die abgeschwächte Vorlage nur dank dem Stichentscheid der Präsidentin Christine Bulliard (CVP) eine Mehrheit erhalten, gegen die Stimmen von FDP und SVP. Im Ständerat brauchte es zwei Anläufe, damit die Revision eine Mehrheit erhielt.

Markus Brotschi